



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 6 - V - 3 3 - 0 0 0 5**  
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: **Dezernat(e) V, II, I**

Entwurf eines Integrationskonzeptes für geflüchtete Menschen in Wiesbaden

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	x wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent/in

Scholz

Goßmann

Gerich

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

\_\_\_\_\_  
Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2016	Landesausgleichsstock	1.111.600		1.111.600	200041	593031	Zuweisung des Landes (Landesausgleichsstock)
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

Siehe Beschlussvorschlag Nr. 4

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Entwurf für ein Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden

### Anlagen:

Entwurf für ein Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden

## C Beschlussvorschlag

1. Der Entwurf für ein Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden mit Stand 13.06.2016 wird zur Kenntnis genommen.

Es wird beschlossen:

2. Die Steuerungsgruppe Integration wird beauftragt, auf dieser Entwurfsbasis bis Ende 2016 ein Konzept zur Integration geflüchteter Menschen in Wiesbaden zu erarbeiten. In Anlehnung an die Entwicklung des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes, soll die Erstellung in einem partizipativen Prozess erfolgen. In Kooperation mit Dez. I/WIEB ist hierfür ein Konzept zur Beteiligung zu erarbeiten.
3. Der Koordination und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements kommt in diesem Konzept eine zentrale Bedeutung zu.
4. Es wird ein „Integrationsfonds“ gebildet, der auf der Grundlage des Entwurfs des Integrationskonzeptes für geflüchtete Menschen Finanzmittel für städtische Stellen und Dritte insbesondere für folgende Aufgaben bereitstellt:
  - Koordination und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements (z.B. fachliche Begleitung und Beratung von Engagierten, Begegnungs- und Vernetzungsmöglichkeiten, Räume, Qualifizierung, etc.)
  - Förderung der sozialen und kulturellen Teilhabe
  - Förderung des interkulturellen Austauschs
  - Wertevermittlung anhand von geeigneten didaktischen und lebensweltlich orientierten Maßnahmen (Patenmodelle, Begegnungsorte...)
  - Ausweitung des Angebots an Sprachmittlern (Integrationsassistent/innen, ehrenamtliche Dolmetscher Dienste) auch aus dem Kreis der Flüchtlinge
  - Unterstützende und ergänzende Maßnahmen zur Sprachförderung, Alphabetisierung und Grundbildung
  - Angebote der Eltern- und Familienbildung
  - Angebote der Kinderbetreuung außerhalb der Regeleinrichtungen
  - Psychosoziale Versorgung
  - Aufbau von Infrastruktur für Internetnutzung in für Flüchtlinge zentralen Bereichen wie Behörden oder Gemeinschaftseinrichtungen mit WLAN (Zugang zu Info-APPs, E-Learning, Kommunikation in die Heimat etc.)

- 4.1 Der „Fonds“ wird aus der außerordentlichen Zuwendung aus dem Landesausgleichsstock in Höhe von 1,11 Mio. € gebildet.
- 4.2 Der „Fonds“ wird von der Steuerungsgruppe Integration (33, Dez. V Büro für Bildungsprojekte, Dez. I/WIEB, 50, 51, 52, 80.80, Vertretung der Träger der Migrationsberatung, Ausländerbeirat) gesteuert; Finanzierungen/Auszahlungen erfolgen auf Antrag mit Konzept und Finanzplanung und werden von der Steuerungsgruppe Integration bewertet und freigegeben.
5. Die Steuerungsgruppe Integration erstellt jährlich einen Bericht über die Mittelvergabe und die Leistungen der finanzierten Integrationsprojekte an die StVV.
6. Dez. VI/20 wird gebeten, die erforderlichen haushaltstechnischen Umsetzungen zu begleiten. Die haushaltstechnische Umsetzung erfolgt auf Basis der Entscheidungen der Steuerungsgruppe.
7. Für die Finanzierung der Integrationsmaßnahmen wird die Summe von 1,1 Mio. Euro aus dem Landesausgleichsstock bereitgestellt.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Zur Bewältigung der mit der aktuellen Flüchtlingszuwanderung verbundenen Herausforderungen wurde die Steuerungsgruppe Integration mit Beschluss Nr. 0031 der Stadtverordnetenversammlung vom 03. März 2016 beauftragt, einen Entwurf für ein Zusatzprogramm zur Integration geflüchteter Menschen zu erarbeiten.

Die hohe Zahl der nach Deutschland und damit auch nach Wiesbaden gekommenen Flüchtlinge und Asylbewerber lösen gravierende Herausforderungen und damit einen besonderen Handlungsbedarf aus. Es ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl der Wiesbaden zugewiesenen Flüchtlinge und Asylbewerber eine hohe Bleibewahrscheinlichkeit besitzt und deren Integration eine langfristige und dauerhafte Aufgabe darstellt.

Zielgruppe des Konzeptes sind geflüchtete Menschen in Wiesbaden:

Flüchtlinge werden dabei definiert als alle Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder aufgrund ihres anerkannten Fluchtstatus Leistungen nach dem SGB II oder SGB VIII erhalten und/oder ins Bundesgebiet eingereist sind und wegen der willkürlichen Gewalt in ihren Heimatländern im Rahmen internationaler oder innerstaatlicher bewaffneter Konflikte oder aus Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung Schutz gesucht haben.

Ein Monitoring zur Abbildung der Zusammensetzung und des Integrationsverlaufes dieser Gruppe ist derzeit in Entwicklung. Hierfür sind Datensysteme und Statistiken der mit dieser Gruppe befassten städtischen Ämter abzugleichen und aufeinander abzustimmen.

Die Integration geflüchteter Menschen kann nur gelingen, wenn die heterogene Aufnahmegesellschaft mit ihren unterschiedlichen Gruppen und Lebensentwürfen in dem Konzept mitgedacht und in die Prozesse eingebunden wird.

In der Wiesbadener Bevölkerung gibt es eine sehr hohe Bereitschaft, sich freiwillig im Bereich der Flüchtlingshilfe zu engagieren. Über 1200 Wiesbadener und Wiesbadenerinnen meldeten sich z.B. über das städtische Portal „Aktive Mithilfe anbieten“ als Freiwillige in der Flüchtlingshilfe. Auch kirchliche und karitative Organisationen arbeiten intensiv mit einer großen Anzahl von Helfern. Dieses überwältigende Engagement ist ein hohes Gut und für eine gelingende Integration

unabdingbar. Der Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und der Koordinierung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Arbeit kommt daher eine zentrale Bedeutung zu.

Über die feste Mitgliedschaft eine/r Vertreter/in von Dez. IWIEB in die Steuerungsgruppe Integration wird die strukturelle Einbindung der mit der Unterstützung und Koordination des bürgerschaftlichen Engagements federführend befassten Organisation gewährleistet.

Die unter Federführung von Dez. IWIEB mit hoher Beteiligung des Freiwilligenzentrums bereits erarbeiteten konzeptionellen Vorschläge zur Koordination und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements für Geflüchtete werden im Integrationskonzept für geflüchtete Menschen aufgenommen.

## **II. Demografische Entwicklung**

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

## **III. Umsetzung Barrierefreiheit**

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## **IV. Ergänzende Erläuterungen**

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Integrationspolitik wird als partizipativer und diskursiver Planungsprozess verstanden, der die Rückkopplung mit den Wiesbadener Akteuren der Integrationsarbeit auf den verschiedenen Ebenen vorsieht. In Anlehnung an die Entwicklung des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes soll auch hier die Einbindung der vielfältigen Akteure der Integrationsarbeit mit ihrem Sachverstand und ihrer qualitativen Bewertung bisheriger und noch zu entwickelnder Maßnahmen erfolgen.

Die Steuerungsgruppe Integration wird in Kooperation mit Dez. IWIEB hierfür ein Beteiligungskonzept erarbeiten.

Die in Beschlussziffer 4 genannten Aufgaben sind in diesem Prozess weiter auszudifferenzieren. Der Anlage ist der derzeitige Stand der Überlegungen zu entnehmen.

## **V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden,	16. Juni 2016	<b>Rechnungsstelle</b>
33	4422/ru	4465 rü gez. Rück

Rose-Lore Scholz  
Stadträtin

Arno Goßmann  
Bürgermeister

Sven Gerich  
Oberbürgermeister